

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador (Amlo) hat eine Hetzkampagne US-amerikanischer Politiker und Medien in den USA gegen sein Land angeprangert und als „anmaßenden Fall von Einmischung“ zurückgewiesen. Er reagiert damit auch auf die jüngsten Reisewarnungen, die US-Behörden für mehrere mexikanische Bundesstaaten ausgegeben [hatten](#). Zuvor hatten einige republikanische Spitzenpolitiker sogar den Einsatz von US-Militär in Mexiko gefordert. Von **David Keck**.

Die Beziehungen der beiden Nachbarländer sind bereits seit einiger Zeit unterkühlt. Ein Grund dafür ist der Mais-Handel. López Obrador hat per Dekret ein Verbot von Gen-Mais für den menschlichen Konsum verfügt, was nördlich der Grenze nicht gerne gesehen wird, da Mexiko jährlich genveränderten Mais im Wert von drei Milliarden US-Dollar aus den USA importiert. US-Unternehmen fürchten um ihr lukratives Geschäft und bezeichnen das Verbot als Verstoß gegen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen, wogegen sie [vorgehen](#) wollen.

Im Zentrum der Auseinandersetzung stehen jedoch die Drogenkartelle, der Drogenhandel sowie die Sicherheitslage in Mexiko. Aufhänger für die republikanischen Politiker, die in den USA die Debatte bestimmen, sind derzeit zwei Ereignisse. Zum einen die kürzliche Entführung von vier [US-Amerikanern](#) in Mexiko, bei der zwei von ihnen getötet wurden. Zum anderen die Bekanntgabe, dass innerhalb von zwölf Monaten über 100.000 US-Bürger an einer Überdosis des synthetischen Opioids Fentanyl verstorben sind. Beim Schmuggel des Fentanyls in die USA sollen die Kartelle eine entscheidende Rolle spielen. Erst im Februar stellte die Polizei in Arizona 30 Millionen Dosen sicher, die in Verbindung mit dem Sinaloa-Kartell [stehen](#) sollen.

Führende Republikaner werfen Mexiko vor, nichts gegen den Schmuggel zu unternehmen und rüsten nun rhetorisch hoch. Lindsey Graham, Senator von South Carolina, kündigte einen Gesetzentwurf an, um die Kartelle als terroristische Organisationen [einzustufen](#). Der Präsidentschaftskandidat Vivek Ramaswamy versprach, dass er „militärische Gewalt einsetzen würde, um die Kartelle im Stil von Osama bin Laden zu dezimieren“, sollte er gewählt [werden](#). Dan Crenshaw, der für Texas im Abgeordnetenhaus sitzt, ging noch einen Schritt weiter. Er sprach davon, dass es endlich an der Zeit sei, „nicht nur gegen die Kartelle in den Krieg zu ziehen, sondern auch die korrupten mexikanischen Beamten, die diese Leute unterstützen“ zu [bestrafen](#).

López Obrador [bezeichnete](#) diese Forderungen als anmaßenden Fall von Einmischung in die Angelegenheit eines souveränen Staates. Aus politischem Kalkül und Heuchelei [machten](#) die US-Parlamentarier Mexiko völlig unbegründet für das Fentanyl-Problem in ihrem Land verantwortlich. Der Präsident empfahl, dass sich die US-Amerikaner:innen besser um die

sozialen Ursachen für den hohen Fentanyl-Konsum in ihrem Land [kümmern](#) sollten.

Die mexikanische Arbeiterpartei, die mit Amlos Morena-Partei verbündet ist, solidarisierte sich mit dem Präsidenten. Ihr Vorsitzender Alberto Anaya wies darauf hin, dass 80 Prozent der Waffen in Mexiko aus den USA stammten und [unterstellte](#) den Republikaner wahlkampfaktische Motive.

Die Reaktion in Mexiko ist aufgrund seiner Geschichte nachvollziehbar: Das Land verlor im Krieg von 1846-48 mehr als die Hälfte seines Territoriums an die USA und erlebte 1914 und 1916 militärische Überfälle aus dem Norden.

Außerdem sind Mexikaner und mexikanisch-stämmige Amerikaner immer wieder Ziel von rassistischen Angriffen und Ausgrenzungen seitens vorrangig weißer US-Bürger. Noch bis in die 1960er-Jahre [hingen](#) vor Gaststätten der texanischen Lonestar Restaurant Association Schilder mit der Aufschrift „No Dogs, Negroes, Mexicans“.

Präsent sind zudem Donald Trumps Fantasien von einer Mauer, die die Mexikaner, die er als „Drogenschmuggler, Vergewaltiger und Kriminelle“ bezeichnet hatte, fernhalten sollte.

López Obrador drohte nun damit, mexikanisch-stämmige Amerikaner aufzufordern, nicht für die Republikanische Partei zu stimmen, falls sie Mexiko weiterhin diffamiere.

Gleichzeitig möchte Amlo jedoch auch signalisieren, dass er weiterhin mit der Regierung von Präsident Joe Biden zusammenarbeitet. Er [traf](#) sich in diesem Sinne mit einer Delegation von Abgeordneten beider großen US-Parteien und mit dem US-Botschafter in Mexiko.

Die US-Regierung [zeigt](#) sich ebenfalls an einer verstärkten Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung mit Mexiko interessiert. Dennoch bleibt Biden, wie der Großteil der Demokraten, in der Debatte sehr zurückhaltend. Während sich demokratische Abgeordnete im Wesentlichen allenfalls zu symbolischen Akten des Widerstandes gegen den republikanisch dominierten Diskurs [aufraffen](#), war Bidens Pressesprecherin nicht einmal in der Lage, eine eindeutige Antwort auf die Frage zu geben, ob Biden den Einsatz des Militärs gegen die Kartelle in Betracht [ziehe](#).

Titelbild: shutterstock / OnePixelStudio

Dieser Artikel erscheint [zuerst auf Amerika21](#).

Mehr zum Thema:

[Politischer Paukenschlag: Präsident von Mexiko verstaatlicht Lithium-Vorkommen](#)

[Während EU und USA mehr Waffen schicken, präsentiert Präsident von Mexiko Friedensinitiative zur Beendigung des Ukraine-Krieges](#)

[Stimmen aus Lateinamerika: Die Einmischung der USA geht unvermindert weiter](#)

